

Gebäudetechnik reduziert zusätzlich CO₂-Emissionen

Über 30 Verbände der Gebäudetechnik haben rund 150 Massnahmen zur Reduktion des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen erarbeitet. Damit werden diese CO₂-Emissionen gegenüber der aktuellen Energiepolitik des Bundes zusätzlich um einen Drittel gesenkt. Die Branche hat sich deshalb an der Konferenz der Gebäudetechnik-Verbände (KGTV) am 25. Juni 2015 im Resort Widenmoos (Reitnau) mit einer Resolution verpflichtet, diese Potenziale mit vereintem Engagement zu realisieren. «Mit dieser Entscheidung stellen wir uns hinter die Ziele der Energiestrategie 2050», betont Markus Weber, Vorsitzender der KGTV. Die Verbände fordern Politik und Behörden auf, die Branche auf diesem Weg zu unterstützen.

zen. Für die Gebäudebesitzer besteht dabei eine Ersatzpflicht innert 15 Jahren. Zudem hat die öffentliche Hand bei energetischen Massnahmen eine Vorbildfunktion einzunehmen. «Bei einigen der neuen Zusatzmodule sprach ein noch fehlender effizienter Vollzug gegen eine Aufnahme in das Basismodul», bedauerte Leuthard.

Resultate aus Gruppenarbeiten

Vor und nach dem Mittagessen befassten sich die Verbandsvertreter in drei Arbeitsgruppen mit möglichen politischen Massnahmen und den entsprechenden Beiträgen der einzelnen Mitgliederverbände, der strategischen Weiterentwicklung der KGTV, der Vertiefung und Umsetzung des initiierten Gebäudetechnik-Programms und den Neuerungen durch den Vollzug der MuKE 2014.

Zum Abschluss des Workshops verabschiedete die Konferenz eine Resolution (siehe Kasten oben). Als Resultat ist jeder Verband gefordert, mit seinen Mitgliedern die Ziele der Resolution umzusetzen. Adäquate Schritte sind jetzt einzuleiten, die Kräfte in der Branche zu bündeln und Resultate an den zweimal jährlich stattfindenden Plenarversammlungen aufzuzeigen. ■

Der Studienverfasser gab den Verbandsvertretern aber auch zu bedenken, dass der Energieverbrauch allein aufgrund des starken Bevölkerungswachstums in der Zukunft weiter wachsen werde. Deshalb seien «Bremsmassnahmen» zur Verbrauchsreduktion bei der Energiestrategie 2050 zwingend notwendig. «Der grösste Sparbeitrag wird in Zukunft aber zweifellos aus dem Bereich der Raumwärme resultieren, dies vor allem aus dem Gebäudebestand. Und die Betriebsoptimierung wird künftig an Bedeutung gewinnen», prophezeit der Experte.

Vollzug der MuKE 2014

Sehr ausführlich informierte Werner Leuthard, Leiter Abteilung Energie Kanton Aargau, über die im Januar dieses Jahres beschlossenen Neuerungen der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE). Dabei habe das Prinzip gegolten, dass die Energiegesetzgebung in der Praxis vollziehbar sein müsse. Die neuen Vorschriften würden jene aus dem Jahr 2008 ersetzen. Dabei handelt es sich primär um das Basismodul 1, das für alle Kantone verpflichtend ist, und die Module 2 bis 11, die auf der Freiwilligkeit basieren.

Das Basismodul 1 legt den minimalen Gebäudestandard fest. Da dieses in allen Kantonen umzusetzen ist, führt dies zur gewünschten Harmonisierung in der ganzen Schweiz. Neu müssen beim Ersatz von fossilen Heizungen 10 Prozent der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien stammen. Ausserdem gilt es, künftig Elektroheizungen und Elektroboiler zu erset-



Brücke mit Symbolcharakter: Delegierte von 29 Verbänden beteiligten sich am 2. Sommer-Workshop der KGTV im Resort Widenmoos.

Gebäudetechnik-Verbände fordern ein nationales Programm

Im Juni haben sich 29 Verbände der Konferenz der Gebäudetechnik-Verbände (KGTV) zum 2. Sommer-Workshop getroffen. Der Fokus des Events bildeten der aktuelle Stand der Umsetzung der Energiestrategie 2050 und des initiierten Gebäudetechnik-Programms sowie die Mustervorschriften der Kantone (MuKE). Text **Oskar E. Aeberli**

Nach der Ankunft im Resort Widenmoos und dem «Get-together» begrüsst Markus Weber, Vorsitzender der KGTV, die Repräsentanten der 29 vor Ort vertretenen Verbände, die ein umfangreiches Tagungsprogramm erwartete. Weber rief den Teilnehmern dabei eingangs noch einmal die zwei Hauptziele der KGTV in Erinnerung: 1. Einbringung der Gebäudetechnik in die politische Diskussion der Energiestrategie und 2. die Realisierung eines nationalen Gebäudetechnik-Programms.

Status der Energiestrategie 2050

Zu Beginn des Workshops erläuterte der Berner Unternehmer und Nationalrat Jürg Grossen den Teilnehmern den aktuellen Stand der Umsetzung der Energiestrategie 2050 aus Sicht der Politik. Er zeigte sich sehr erfreut, dass die KGTV dank des grossen Engagements bei einigen Artikeln (Art. 18, 46 und 54 des Energiegesetzes)

ihre Anliegen einbringen konnte. Im Ständerat als Zweitrat sind aber in der kommenden Herbstsession bereits Rückkommensanträge notwendig, um die dringenden Ergänzungsvorschläge aus der Sicht der Gebäudetechnik durchzubringen.

Aus der Sicht der Verwaltung und des Bundesamtes für Energie (BFE) erläuterte Adrian Grossenbacher den Stand der Energiestrategie 2050 und deren Wünsche an die KGTV: So riet er den anwesenden Verbandsvertretern, nicht auf die Verordnungen und Gesetze des Bundes zu warten, sondern selber aktiv zu werden, was mit der initiierten Potenzialstudie ja bereits zum Teil der Fall sei. Er lobte auch das verabschiedete 5-Punkte-Programm der KGTV, das es konsequent von der Theorie in die Tat umzusetzen gelte.

Potenzialstudie zur Gebäudetechnik

Mit grosser Spannung erwarteten die knapp 40 Verbandsspitzen anschliessend

die Präsentation der Potenzialstudie zur Gebäudetechnik der TEP Energy GmbH, Zürich. Diese war beauftragt, die 150 von der Branche erarbeiteten Massnahmen zu validieren. Martin Jakob, Referent und Verantwortlicher der vom BFE in Auftrag gegebenen Studie, wies dabei darauf hin, dass es sich bei den nun vorliegenden Ergebnissen noch nicht um die definitive Version handle. Eine Stellungnahme der Verbände der KGTV würde noch in die Endfassung aufgenommen. Er schilderte dem Plenum das Vorgehen bei der Erarbeitung der Potenzialstudie. Demnach wurden 45 Massnahmenpakete geschnürt, sechs Verwendungszwecke und zwei Massnahmetypen definiert sowie 12 Instrumente zur Durchsetzung identifiziert. «Die ermittelten Potenziale bis 2050 betragen auf der Ebene Endenergie rund 10 Prozent und jenes der Treibhausgasemissionen 34 Prozent zusätzlich zum Referenzszenario berechnet», erläuterte Jakob.